

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 01.12.2015
Raum: Ratssaal des Rathauses
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:00 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Erich Bischoff CDU für Evelyn Fisbeck

Frau Sylke Heilker CDU für Torsten Wilters

Herr Timo Kirchhoff CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Herr Rüdiger Kramer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Werner Skirde SPD für Lars Krause

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Hans-Hermann Ammermann

Frau Tabea Triebe

Herr Jens Wiechering

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Olaf Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Frau Sonja Klanke von der Nordwest Zeitung Rastede

Frau Britta Lübberts von der Rasteder Rundschau

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU Ehrenratsmitglied

Herr Hans-Hermann Schlange SPD Ehrenratsmitglied

sowie 13 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters CDU

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Lars Krause SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.11.2015
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Aufstellung des Bebauungsplans 107 - Hugo-Duphorn-Straße
Vorlage: 2015/208
- 6 Aufstellungsbeschluss Bauleitplanung Im Göhlen
Vorlage: 2015/205
- 7 Änderung des Landesraumordnungsprogramms - Entwurf 2015
Vorlage: 2015/212
- 8 Verbesserung der Beleuchtungssituation an den gemeindlichen Haltestellen
Vorlage: 2015/207
- 9 Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2015/209
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.11.2015

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 02.11.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es wird von einer Einwohnerin eine Frage bezüglich der Erschließung des neuen Baugebietes Hugo-Duphorn-Straße (B-Plan 107) über die Carl-Rohde-Straße gestellt und von Bürgermeister von Essen dahingehend beantwortet, dass zunächst der nachfolgende Vortrag des Planers zum Thema abgewartet werden sollte, bevor unter TOP 10 nochmals die Möglichkeit besteht, gegebenenfalls Nachfragen zu stellen.

Tagesordnungspunkt 5

**Aufstellung des Bebauungsplans 107 - Hugo-Duphorn-Straße
Vorlage: 2015/208**

Sitzungsverlauf:

Herr Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die Grundzüge der Planung vor und macht dabei insbesondere deutlich, dass die vorgesehene Erschließung auch einer naturschutzfachlichen Betrachtung mit dem Ergebnis unterzogen wurde, dass eine Wallhecke einen höheren Schutzanspruch unterliegt als ein Einzelbaum. Im Übrigen weist er darauf hin, dass die Erschließung über die Carl-Rohde-Straße für eine Erweiterung des Baugebietes bereits vor Jahrzehnten festgelegt wurde.

Frau Lamers bemerkt, dass der zweite Bauabschnitt aufgrund der großen Nachfrage nach bezahlbaren Mietwohnungen und Wohnbaugrundstücken nun zügiger realisiert wird als ursprünglich vorgesehen. Dessen ungeachtet ist es aus Sicht der CDU-Fraktion richtig, die Planung für das gesamte Quartier wie ursprünglich vorgesehen umzusetzen sowie die örtlichen Bauvorschriften und die Festsetzungen (inklusive Hecken und Einzelbäume) analog zum ersten Bauabschnitt zu übernehmen. Sie regt ergänzend an, zu prüfen, ob und inwieweit eine fußläufige Verbindung zur Schillerstraße geschaffen werden kann.

Herr Mosebach weist darauf hin, dass bereits ein kleiner Wallheckendurchbruch zur Schillerstraße vorhanden ist, der als fußläufige Verbindung genutzt und entsprechend befestigt werden könnte.

Frau Eyting begrüßt vom Grundsatz die vorgestellte Planung, die auch die Schaffung von bezahlbaren Mietwohnungen für alle Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Hinsichtlich der angedachten Erschließung regt sie an, noch einmal zu überprüfen, ob es nicht sinnvoller wäre, den westlichen Teil (vorgesehen für den Mietwohnungsbau) über die Schillerstraße und den östlichen Teilbereich (Einfamilienhausbebauung) über die Hans-Wichmann-Straße zu erschließen.

Herr Mosebach legt dar, dass die vorgelegte städtebauliche Konzeption für das gesamte Gebiet in sich schlüssig ist und dass es außerdem für die Anwohner der Carl-Rohde-Straße / Von-Humboldt-Straße vor dem Hintergrund der ursprünglichen Planung immer abzusehen war, dass die angedachte Erschließung realisiert wird.

Herr Ammermann ergänzt, dass die fußläufige Verbindung zwischen der Hans-Wichmann-Straße und der Hugo-Duphorn-Straße nicht mehr für den Pkw-Verkehr aufgeweitet werden kann, da die Grundstücksverfügbarkeit nach dem Verkauf der Wohnbaugrundstücke nicht mehr gegeben ist.

Herr Kramer stellt heraus, dass eine insgesamt schlüssige Planung vorliegt und allen Anliegern bereits seit langer Zeit klar sein musste, dass bei einer Erweiterung des Baugebietes die Erschließung über die Carl-Rohde-Straße erfolgen würde.

Im Übrigen weist er darauf hin, dass bei einer Erschließung über die Schillerstraße nicht nur die Wallhecke zerstört wird, sondern auch mehrere große Bäume gefällt werden müssten und das mit rund 100 bis 120 Fahrten pro Tag das mögliche Verkehrsaufkommen als eher gering eingestuft werden kann.

Herr Langhorst erklärt, dass hinsichtlich der vorgestellten Planung grundsätzliche Übereinstimmung herrscht und seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lediglich die letzten zehn Prozent kritisch betrachtet werden. Er legt dar, dass Teile der Wallhecke an der Schillerstraße nicht mehr vorhanden sind und für eine Erschließung nur ein Baum gefällt werden müsste und es obendrein grundsätzlich vorteilhaft wäre, die Erschließung über mehrere Zufahrten vorzunehmen, um damit auch die Belastung für die Anlieger verteilen zu können.

Frau Sager-Gertje erwidert, dass dieser Vorschlag nicht akzeptabel ist, da bei einem derartigen Vorgehen noch mehr Grünstrukturen zerstört werden.

Frau Eyting wünscht sich eine gewisse Offenheit bei der weiteren Planung und plädiert dafür, noch einmal zu prüfen, ob Teile des zukünftigen Verkehrs auch gegebenenfalls über die Anlegung zusätzlicher Parkplätze über die Schillerstraße geleitet werden könnten, um die Verkehrsbelastung für die Anwohner der Carl-Rohde-Straße minimieren zu können.

Frau Lamers entgegnet, dass im ersten Bauabschnitt bei der Mehrfamilienhausbebauung großen Wert darauf gelegt wurde, dass ausreichend Stellplätze auf dem Grundstück geschaffen werden und es jetzt sehr grenzwärtig wäre, die erforderlichen Parkplätze außerhalb beziehungsweise am Rande des eigentlichen Plangebiets vorzusehen.

Herr Langhorst betont, dass es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wichtig war, alternative Überlegungen hinsichtlich der Erschließung einzubringen, jedoch im Rahmen der heutigen Beratung auch die Hemmnisse deutlich geworden sind, sodass unterm Strich der Beschlussvorschlag so mitgetragen werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Skirde hinsichtlich der zu erwartenden Kfz-Verkehre im neuen Baugebiet erklärt Herr Ammermann, dass bei angenommenen 30 Wohneinheiten und vier bis fünf Fahrten pro Tag maximal 150 Fahrten pro Tag und in der Spitze lediglich 12 bis 15 Fahrten pro Stunde zu erwarten sind.

Beschlussempfehlung:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplans 107 – Hugo-Duphorn-Straße mit örtlichen Bauvorschriften wird zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Aufstellungsbeschluss Bauleitplanung Im Göhlen
Vorlage: 2015/205

Sitzungsverlauf:

Frau Triebe skizziert eingangs noch einmal den Geltungsbereich, der an die vorhandene Bebauung angrenzt und für den nach dem Aufstellungsbeschluss im nächsten Schritt die Änderung des Flächennutzungsplans eingeleitet werden soll.

Bürgermeister von Essen ergänzt, dass nicht vorgesehen ist, die gesamte Fläche als Baugebiet auszuweisen, sondern insbesondere der östliche Teilbereich dazu dienen soll, eine ortsnahe Kompensation mit beispielsweise der Anlegung eines großzügigen Grüngürtels zu ermöglichen und gegebenenfalls auch ein Regenwasserrückhaltebecken unterbringen zu können.

Herr Kramer unterstreicht die Ausführungen von Bürgermeister von Essen und fügt hinzu, dass heute lediglich der Aufstellungsbeschluss gefasst wird, mit dem zum Ausdruck gebracht werden soll, in welchem Bereich grundsätzlich eine weitere Wohnbauentwicklung vorgesehen ist. Alle weiteren Details beispielsweise hinsichtlich der Ausdehnung des Baugebietes, der Grüngestaltung sowie der Erschließung sind üblicherweise im Bauleitverfahren zu klären, sodass erst einmal dem Grundsatzbeschluss zugestimmt werden kann.

Frau Lamers schließt sich dem Redebeitrag von Herrn Kramer weitestgehend an, macht jedoch auch darauf aufmerksam, dass die Flächen bereits im Gemeindeentwicklungskonzept 2000+ als mögliches Bauland dargestellt wurden und das in einem nächsten Schritt ein Gesamtkonzept erarbeitet werden muss, in dem unter anderem auch die zentrale Frage hinsichtlich der späteren Erschließung zu klären ist.

Frau Eyting gibt zu verstehen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen kann, da die Fläche für eine mögliche Bebauung einfach viel zu groß ist. Sie führt ferner aus, dass mit einer Zustimmung möglicherweise ein Weg geebnet wird, der definitiv nicht gewollt ist, sodass es aus heutiger Sicht wünschenswert wäre, die mögliche Baulandfläche auf das untere Drittel im südwestlichen Bereich zu reduzieren.

Frau Lamers weist darauf hin, dass auch die Grünen stets eine Bebauung im Göhlen favorisiert haben und es aus Sicht der CDU-Fraktion sinnvoll ist, zunächst den ganzen Bereich zu betrachten und ein Gesamtkonzept aufzustellen, in dem unter anderem auch die vorhandenen begrenzenden Parameter wie die Nähe zur Kläranlage sowie die angedachten Grünstrukturen und Ausgleichsmaßnahmen eingearbeitet werden sollten.

Herr Langhorst legt ergänzend zu den Ausführungen von Frau Eyting dar, dass auch die Grünen eine Bebauung im Göhlen grundsätzlich befürworten, jedoch die natürlichen Graben- und Heckenstrukturen im südwestlichen Bereich als Begrenzung sehen.

Herr Kramer betont noch einmal, dass auch die SPD-Fraktion im Rahmen des Bauleitverfahrens genau darauf achten wird, welche Bereiche für eine Wohnbebauung geeignet sind.

Frau Eyting gibt zu verstehen, dass ihre Fraktion formal eine andere Meinung hat und deswegen den vorgestellten Aufstellungsbeschluss ablehnt.

Beschlussempfehlung:

Für den Bereich „Im Göhlen“ werden die Änderung des Flächennutzungsplans sowie die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel der Schaffung von Wohngebietsflächen beschlossen.

Die genaue Abgrenzung ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Änderung des Landesraumordnungsprogramms - Entwurf 2015
Vorlage: 2015/212

Sitzungsverlauf:

Frau Triebe stellt anhand einiger Folien (Anlage 2 zur Niederschrift) die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorentwurf aus dem Jahr 2014 vor und betont, dass zwar aus gemeindlicher Sicht positive Veränderungen bei der Siedlungsentwicklung und bei der zwangsweisen Wiedervernässung von Moorflächen eingetreten sind, jedoch die Ausweisung von „Vorranggebieten Rohstoffgewinnung Rohstoffart Torf“ im Gemeindegebiet abgelehnt werden sollte.

Frau Lamers signalisiert volle Unterstützung und bemerkt, dass bei einem Torfabbau im Hankhauser Moor die Gefahr besteht, dass nach erfolgtem Torfabbau eine riesige Seenplatte entsteht, sodass es richtig ist, die Ausweisung von „Vorranggebieten Rohstoffgewinnung Rohstoffart Torf“ im Gemeindegebiet abzulehnen.

Herr Langhorst führt aus, dass die ursprünglichen Planungen aus dem Ministerium grundsätzlich nicht falsch waren, jedoch sich im laufenden Prozess unter Beteiligung der Verbände und Kommunen Veränderungen ergeben haben, mit denen die Fraktion auch gut umgehen kann. Dessen ungeachtet begrüßt er die aktuelle Stellungnahme der Verwaltung und hofft, dass der Landkreis und die sechs Ammerländer Kommunen eine ähnlich lautende abgestimmte Stellungnahme abgeben, um zu erreichen, dass das Hankhauser Moor nicht abgetorft wird. Darüber hinaus sollten auch im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises bereits bestehende Reglementierungen fortgeschrieben beziehungsweise ergänzt werden.

Herr Kramer begrüßt ebenfalls den Beschlussvorschlag und betont, dass auch die möglichen hydrologischen Auswirkungen auf Straßen, Gebäude und Flächen zu beachten sind, die bei einer Abtorfung der Mooregebiete gravierende Folgen haben könnten.

Beschlussempfehlung:

Die Ausweisung von Vorranggebieten Rohstoffgewinnung Rohstoffart Torf im Gemeindegebiet wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

**Verbesserung der Beleuchtungssituation an den gemeindlichen Haltestellen
Vorlage: 2015/207**

Sitzungsverlauf:

Herr Wiechering stellt eingangs noch einmal die in den Anlagen zur Vorlage beschriebenen Ausstattungsstandards für Bushaltestellen sowie die Bewertung der Haltestellen ohne Beleuchtung vor, wobei er insbesondere auf die Haltestellen eingeht, die mäßig von einer bis neun Personen pro Tag frequentiert werden.

Herr Kirchhoff weist darauf hin, dass die Haltestelle in Ipwege an der Butjadinger Straße / Wiemkenstraße derzeit zwar noch fünf Einsteiger hat, jedoch im kommenden Schuljahr zwei bis drei Schüler weniger zu verzeichnen sind, sodass es aus seiner Sicht sinnvoll wäre, den Rad-/Fußweg an der Butjadinger Straße bis zur nächsten Haltestelle am Ortseingang mit Straßenlaternen auszuleuchten.

Herr Kramer bemerkt vor dem Hintergrund der Ganztagschule und den damit einhergehenden längeren Schulzeiten, dass vom grundsätzlich geprüft werden müsste, ob gegebenenfalls auch die Bushaltestellen zu beleuchten sind, an denen die Kinder und Jugendlichen aussteigen.

Herr Ammermann legt dar, dass in der Ursprungsfassung vorgesehen war, entsprechend den üblichen kommunalen Regelungen nur Haltestellen mit mindestens 10 Einsteigern auszuleuchten, sodass die jetzt im Ausschuss vorgestellte Variante bereits deutlich die Standards im Landkreis Ammerland übertrifft.

Herr Langhorst bemerkt, dass die Gemeinde Rastede in anderen Bereichen auch oftmals besser sein möchte als die Umlandkommunen und ausgeleuchtete Bushaltestellen ein Plus an Sicherheit bedeuten. Dessen ungeachtet begrüßt er den gesamten Planungsprozess, bedauert jedoch, dass bei der Betrachtung der Haltestellen der allgemeine ÖPNV unter anderem mit dem Bürgerbus nicht berücksichtigt wird. Er weist vor diesem Hintergrund darauf hin, dass beispielsweise die Bushaltestellen Huntestraße, Wiemkenstraße, Eichendorffstraße, Lindenstraße, Liethe und Lange Reihe auch mit einer Beleuchtung ausgestattet werden müssten.

Herr Ammermann erläutert, dass beispielsweise entlang der Eichendorffstraße und der Lindenstraße eine durchgängige Beleuchtung vorhanden ist und an klassifizierten Straßen aufgrund bestehender Regelungen mindestens drei bis fünf Straßenlaternen pro Bushaltestelle aufgestellt werden müssten.

Bürgermeister von Essen unterbreitet den Vorschlag, zunächst mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu beginnen, um insbesondere eine Verbesserung der Situation im ländlichen Bereich zu erreichen.

Herrn Langhorst bemerkt, dass für den Bürgerbus die Zahl der Ein- und Aussteiger selbstverständlich nachgeliefert werden kann.

Herr Bischoff erklärt, dass die Straßenbeleuchtung in Wahnbek entlang der Oldenburger Straße zwischen der Schulstraße und der Havelstraße ergänzt werden müsste.

Bürgermeister von Essen bemerkt hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Langhorst und Herrn Bischoff, dass die Anregungen mit aufgenommen werden und bei der Fortschreibung der jeweiligen Programme / Konzepte eingearbeitet werden.

Herr Ammermann ergänzt, dass im Haushalt 2016 Mittel in Höhe von 39.000 Euro vorgesehen sind und schon durch die zusätzlichen Maßnahmen bei den Haltestellen in der Kategorie 2 erhebliche Mehrkosten entstehen, sodass das Gesamtpaket alle mal auf mindestens zwei Jahre verteilt werden muss.

Frau Lamers betont ebenso wie zuvor Bürgermeister von Essen, dass jetzt erst einmal mit den Schulbushaltestellen entsprechend den festgesetzten Parametern angefangen und im Nachgang die Zahlen des Bürgerbusvereins sowie die Ergänzungsvorschläge zur Straßenbeleuchtung eingearbeitet werden sollten.

Frau Eyting legt dar, dass die relativ gut frequentierten Haltestellen in Wahnbek an der Oldenburger Straße / Ecke Schulstraße (gegenüber Albrecht) sowie in Rastede an der Oldenburger Straße / Ecke Buchenstraße (Stückemann) eine Vollausrüstung erhalten sollten.

Herr Langhorst führt aus, dass in der heutigen Sitzung zwar der Schulbusverkehr im Fokus steht, jedoch der ÖPNV in seiner Gesamtheit stetig an Bedeutung gewinnt und grundsätzlich als gleichwertig zu betrachten ist.

Herr Kramer macht abschließend deutlich, dass auch die SPD-Fraktion vorschlägt, jetzt zunächst mit den vorgestellten Maßnahmen zu beginnen und die heutigen Anregungen im Rahmen einer Fortschreibung einzuarbeiten.

Beschlussempfehlung:

Die Bushaltestellen werden auf Grundlage der Darstellungen in Anlage 2 zu dieser Vorlage hergerichtet.

<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p> <p>Ja-Stimmen: 11</p> <p>Nein-Stimmen:</p> <p>Enthaltung:</p> <p>Ungültige Stimmen:</p>

Tagesordnungspunkt 9

**Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2015/209**

Sitzungsverlauf:

Herr Wiechering stellt zu Beginn noch einmal die wesentlichen Änderungen beziehungsweise Ergänzungen hinsichtlich der Neufassung der Straßenreinigungssatzung vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Die Satzung über die Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede und die Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede werden in der als Anlage jeweils beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Einwohnerfragestunde

Herr Röben weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgen insgesamt ca. zehn Anfragen der Zuhörer, die vom Bürgermeister von Essen beantwortet beziehungsweise deren Beantwortung zugesagt werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Weitere Nutzung eines kostenlos überlassenen Grundstücks
- Zukünftige Erschließung des Baugebietes Hugo-Duphorn-Straße
- Erschließung des geplanten Baugebietes im Göhlen
- Spielplatz und Bolzplatz im Baugebiet Hugo-Duphorn-Straße / Schillerstraße
- Mietwohnungsbau
- Wallheckenpflege am Stratjebusch
- Verkehrssituation in der Carl-Rohde-Straße / Von-Humboldt-Straße während der Bauarbeiten im Gebiet Hugo-Duphorn-Straße

Tagesordnungspunkt 11

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 18:00 Uhr.